S 35 KA 42/20 ER

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Niedersachsen-Bremen
Sozialgericht	Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen
Sachgebiet	Vertragsarztangelegenheiten
Abteilung	-
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	Zur aufschiebenden Wirkung einer Klage gegen eine Honorarkürzung wegen unterbliebener Mitwirkung des Vertrags(zahn)arztes an der Online-Versichertenstammdaten-Prüfung.
Normenkette	SGB V §§ 85 Abs 4 S 6, 291 Abs 2b S 2 und 9 SGG §§ 86a Abs 1 und Abs 2 Nr 4, 86b Abs 1 S 1 Nr 2

1. Instanz

Aktenzeichen	S 35 KA 42/20 ER
Datum	11.12.2020

2. Instanz

Aktenzeichen	L 3 KA 63/20 B ER
Datum	17.03.2021

3. Instanz

Datum	-

Auf die Beschwerde der Antragsgegnerin wird der Beschluss des Sozialgerichts Hannover vom 11.Â Dezember 2020 aufgehoben, soweit der Eintritt der aufschiebenden Wirkung der unter dem Aktenzeichen SÂ 35 KA 11/20 anhÃ¤ngigen Klage festgestellt worden ist. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung wird abgelehnt.

Der Antragsteller trÃ¤gt die Kosten des Verfahrens in beiden RechtszÃ¼gen.

Der Streitwert fÃ¼r das Beschwerdeverfahren wird auf 396,82Â Euro festgesetzt.

GrÃ¼nde

I.

Die Antragsgegnerin wendet sich gegen einen Beschluss des Sozialgerichts Hannover, mit dem der Eintritt der aufschiebenden Wirkung der dort gegen ihren Bescheid vom 25.Â MÃ¤rz 2020 anhÃ¤ngigen Klage (Aktenzeichen SÂ 35Â KAÂ 11/20) festgestellt worden ist.

Â

Der Antragsteller ist bei der AG zur vertragszahnÃ¤rztlichen Versorgung zu- und mit Praxissitz in F. niedergelassen. Mit Datum 25.Â MÃ¤rz 2020 erlieÃ die AG den Jahreshonorar- und Degressionsbescheid fÃ¼r 2019 (BlÂ 8 des von der AG zur Verfahrensakte SÂ 35Â KAÂ 11/20 Ã¼bersandten Verwaltungsvorgangs). Der Bescheid enthÃ¤lt fÃ¼r sÃ¤mtliche Quartale des Jahres 2019 eine KÃ¼rzung des Honoraranspruchs (insgesamt 158.727,60Â Euro) iHv 1Â % wegen der NichtdurchfÃ¼hrung der sog Online-Versichertenstammdaten-PrÃ¼fung. Der KÃ¼rzungsbetrag belÃ¤uft sich auf insgesamt 1587,27Â Euro. Hiergegen erhob der Antragsteller am 2.Â April 2020 (Schreiben vom 1.Â April 2020 = BlÂ 13 VV) erfolglos Widerspruch (Widerspruchsbescheid vom 22.Â Juli 2020 = BlÂ 17 VV). Die AG begrÃ¼ndete ihre Entscheidung mit den gesetzlichen Vorgaben (Hinweis auf Â§Â 291 AbsÂ 2b SÂ 14 Sozialgesetzbuch FÃ¼nftes Buch), zu deren Umsetzung sie bei Vorliegen der Voraussetzungen verpflichtet sei. Die von dem Antragsteller vorgebrachten verfassungs- und datenschutzrechtlichen EinwÃ¤nde betrÃ¤fen allein die RechtmÃ¤Ãigkeit des geltenden Rechts, deren ÃberprÃ¼fung durch die AG nicht in Betracht komme.

Â

Hiergegen hat der Antragsteller am 4.Â August 2020 Klage bei dem SGÂ Hannover erhoben und umfangreich (insbesondere datenschutzrechtliche) Bedenken vorgetragen (Schriftsatz vom 27.Â Juli 2020). Die Telematikinfrastruktur gefÃ¤hrde die Sicherheit der Patientendaten, indem die komplette EDV der Praxis online gestellt werde und von Mitarbeitern ohne wirkliche digitale Kompetenz gesichert werden mÃ¼sse. Der Datenschutz der Praxis werde durch den Anschluss an die TI korrumpiert, weil fÃ¼r den stÃ¶rungsfreien Betrieb der Komponenten Sicherheitsfunktionen wie Firewall und Portsysteme abgeschaltet oder ohne weitere Schutzfunktionen geÃ¶ffnet werden mÃ¼ssten. Dadurch entstÃ¤nden unzulÃ¤ssige SicherheitslÃ¼cken. Es entstehe die Gefahr des Eindringens in die Praxissoftware mit Datenverlusten, krimineller DatenverschlÃ¼sselung oder mit SoftwareverÃ¤nderung. Es fehlten Untersuchungen, ob und wie viele angeschlossene Praxen entsprechenden GefÃ¤hrdungen unterlÃ¤gen. Er habe die Patientendaten seiner Praxis im Wissen um diese Gefahren nie online gestellt und keinerlei Vertrauen in einen TI-Anschluss. Er unterliege als Zahnarzt auÃerdem hÃ¶herrangigen Gesetzen wie Grundgesetz, Heilberufsgesetz, Strafgesetzbuch, Datenschutz-Grundverordnung, die alle im Konflikt zu den Telematikgesetzen stÃ¤nden. Diese griffen auch in seine BerufsausÃ¼bungsfreiheit ein. Die AG habe die Praxen weder angemessen noch ausgewogen informiert. Es habe keine Informationen Ã¼ber die Risiken und Nebenwirkungen des Online-Stellens des

gesamten Praxisdatensystems gegeben, sondern lediglich einseitige Infos mit Drohbriefcharakter. Die TI arbeite nicht zuverlÃ¤ssig; es komme zu wiederholten oder dauerhaften SystemausfÃ¤llen, insbesondere bei den Konnektoren. Eine Haftung der Hersteller und Betreiber der TI fÃ¼r solche AusfÃ¤lle bestehe nicht. Der fÃ¼r die Praxen anfallende Aufwand fÃ¼r die TI werde nur unvollstÃ¤ndig erstattet und sei insbesondere fÃ¼r kleine und Ã¤ltere Praxen unverhÃ¤ltnismÃ¤Ãig. Die Sanktionierung schrÃ¤nke die â keineswegs Ã¼ppige Honorierung unserer Kassenbehandlung auf unlautere und unverantwortliche Weise weiterâ ein. Das wirke sich unmittelbar negativ auf die BehandlungsqualitÃ¤t aus und sei damit zum Schaden der Kassenpatienten.

Â

Der Antragsteller hat sich am 16.Â November 2020 unter Hinweis auf den durch die sog Covid-19-Krise verursachten enormen Zusatzaufwand und deutlich verringerte Einnahmen mit der Bitte um GewÃ¤hrung einstweiligen Rechtsschutzes an das SG gewandt und eine einstweilige Aussetzung der Sanktionen begehrt. Anders, als von der AG eingewandt, sei die derzeitige Lage insbesondere fÃ¼r Zahnarztpraxen durchaus problematisch. Er werde auf gut drei MonatsgehÃ¤lter verzichten mÃ¼ssen. AuÃerdem wende er sich nicht nur gegen die AG als KassenzahnÃ¤rztliche Vereinigung , sondern gegen die zugrunde liegenden Telematik-Sanktionsgesetze.

Â

Die AG ist dem Begehren entgegengetreten (Schriftsatz vom 4.Â Dezember 2020 = BlÂ 11 dA). Der Wortlaut der maÃgeblichen Vorschrift (Hinweis auf Â§Â 291 AbsÂ 2b SÂ 14 SGBÂ V) sei eindeutig. Im Falle der fehlenden DurchfÃ¼hrung des VSD-Managements sei die VergÃ¼tung ab 1.Â Januar 2019 pauschal um 1Â % zu kÃ¼rzen. Es handele sich um eine gebundene Entscheidung; Ermessen komme ihr nicht zu. Sie sei darÃ¼ber hinaus auch nicht befugt, die RechtmÃ¤Ãigkeit der Norm zu prÃ¼fen und diese ggf zu verwerfen. Anwendungsfehler rÃ¼ge der Antragsteller nicht. UnabhÃ¤ngig davon habe er nicht glaubhaft gemacht, dass eine persÃ¶nliche finanzielle Notlage vorliege. Der bloÃe Hinweis auf die Covid-19-Krise reiche insoweit nicht aus.

Â

Das SGÂ Hannover hat mit Beschluss vom 11.Â Dezember 2020 die aW der (unter dem Aktenzeichen SÂ 35Â KAÂ 11/20) anhÃ¤ngigen Klage gegen den Bescheid vom 25.Â MÃ¤rz 2020 festgestellt und den Antrag im Ãbrigen abgewiesen (BlÂ 14 dA). Das Vorbringen des Antragstellers sei dahin auszulegen, dass er einerseits eine Entscheidung Ã¼ber die aW seiner Klage begehre und andererseits eine Verpflichtung der AG zum kÃ¼nftigen Unterlassen vergleichbarer HonorarabzÃ¼ge. Danach sei die aW seiner Klage festzustellen gewesen, weil diese von Gesetzes wegen aW entfalte (Hinweis auf Â§Â 86a AbsÂ 1 SÂ 1 des SozialgerichtsÂgesetzes). Eine Ausnahme von diesem Grundsatz liege nicht vor. Die im Streit stehende HonorarkÃ¼rzung falle nicht unter Â§Â 86a AbsÂ 2 NrÂ 4 SGG iVm Â§Â 85 AbsÂ 4

SÂ 6 SGBÂ V, weil kein Fall einer Honorarfestsetzung oder deren Ãnderung oder Aufhebung vorliege. Die maÃgebliche Vorschrift fÃ¼r die HonorarkÃ¼rzung setze die Honorarverteilung voraus, gestalte diese jedoch nicht. Eine Sicherungsanordnung hinsichtlich kÃ¼nftiger HonorarkÃ¼rzungen sei wegen der aW der Klage weder geboten noch erforderlich. Eine beglaubigte Abschrift der Entscheidung ist der AG am 18.Â Dezember 2020 zugestellt worden (Empfangsbekenntnis unter BlÂ 19d dA).

Â

Hiergegen richtet sich die von der AG am 28.Â Dezember 2020 bei dem SGÂ Hannover eingelegte Beschwerde (Schriftsatz vom 21.Â Dezember 2020 = BlÂ 25 dA). Die HonorarkÃ¼rzung im Zusammenhang mit dem VSDM falle als Sonderform der sachlich-rechnerischen Richtigstellung unter Â§Â 85 AbsÂ 4 SÂ 6 SGBÂ V. Eine andere Auslegung widerspreche sowohl Gesetzeswortlaut als auch Sinn und Zweck der Vorschrift. Zum einen sei diese HonorarkÃ¼rzung strukturell mit einer HonorarkÃ¼rzung im Zusammenhang mit der Verletzung der Pflicht zur fachlichen Fortbildung (Hinweis auf Â§Â 95 AbsÂ 3 SÂ 3 SGBÂ V) vergleichbar. Hier sei anerkannt, dass sie unter Â§Â 85 AbsÂ 4 SÂ 6 SGBÂ V falle. Auch die vorliegende HonorarkÃ¼rzung sei eine Sonderform der sachlich-rechnerischen Richtigstellung und dementsprechend unter die Vorschrift zu subsumieren. Zum anderen werde der Sanktionscharakter der HonorarkÃ¼rzung unterlaufen, wenn die aW nicht entfalle. Der GesetzesbegrÃ¼ndung lasse sich entnehmen, dass bei EinfÃ¼hrung der Vorschrift noch weitere, sehr viel einschneidendere MaÃnahmen (Abrechnungsverbot) denkbar gewesen seien. Da bis zur gerichtlichen KlÃ¤rung von Streitigkeiten mitunter Jahre vergingen, wÃ¤re die Wirkung der HonorarkÃ¼rzung (Sanktion) fÃ¼r einen (Zahnâ)Arzt erst lange nach EinfÃ¼hrung der TI spÃ¼rbar geworden. Das liefe der beabsichtigten Schaffung eines starken Anreizes zur PrÃ¼fung der VSD stark entgegen.

Â

Die Antragsgegnerin begehrt ihrem Vorbringen nach,

Â

Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â den Beschluss des Sozialgerichts Hannover vom 11.Â Dezember 2020 aufzuheben, soweit darin die aufschiebende Wirkung der unter dem Aktenzeichen SÂ 35Â KAÂ 11/20 anhÃ¤ngigen Klage festgestellt worden ist und den Antrag auf GewÃ¤hrung einstweiligen Rechtsschutzes auch insoweit abzulehnen.

Â

Der Antragsteller begehrt seinem Vorbringen nach,

Â

Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â die Beschwerde zurÃ¼ckzuweisen.

Â

Die AG sei nicht einfach der verlÃ¤ngerte Arm des Gesetzgebers, sondern habe ihre MaÃnahmen und Mitteilungen an die Leistungserbringer stets auf eine eventuelle PatientenschÃ¤dlichkeit zu Ã¼berprÃ¼fen. Sie mÃ¼sse die Ãrzte auch Ã¼ber patientenschÃ¤dliche VerfÃ¼gungen und Gesetze aufklÃ¤ren und ggf dagegen Klage fÃ¼hren.

Â

Hinsichtlich des weiteren Vorbringens der Beteiligten wird auf die gewechselten SchriftsÃ¤tze und den sonstigen Inhalt der Verfahrensakte sowie die vom SG Hannover beigezogene Verfahrensakte SÂ 35Â KAÂ 11/20 und den zu diesem Verfahren Ã¼bersandten Verwaltungsvorgang Bezug genommen. Diese Unterlagen waren Gegenstand der Beratung und Entscheidungsfindung.

II.

Die Beschwerde der AG gegen den Beschluss des SGÂ Hannover vom 11.Â Dezember 2020 ist zulÃ¤ssig und begrÃ¼ndet. Die Entscheidung des SG ist zu Ã¤ndern und der Antrag auf GewÃ¤hrung einstweiligen Rechtsschutzes auch hinsichtlich der aW der in der Hauptsache anhÃ¤ngigen Klage abzulehnen.

Â

A.Â Â Â Die Beschwerde ist statthaft und auch sonst zulÃ¤ssig.

Â

1.Â Â Â Nach Â§Â 172 AbsÂ 1 SGG findet gegen die Entscheidungen der Sozialgerichte mit Ausnahme der Urteile und gegen Entscheidungen der Vorsitzenden dieser Gerichte die Beschwerde an das Landessozialgericht statt, soweit nicht im SGG anderes bestimmt ist. Eine andere Bestimmung in diesem Sinne enthÃ¤lt â unter anderem â Â§Â 172 AbsÂ 3 NrÂ 1 SGG. Danach ist eine Beschwerde ausgeschlossen in Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes, wenn in der Hauptsache die Berufung der Zulassung bedÃ¼rfte. Die Berufung ist gegen Urteile der Sozialgerichte statthaft (Â§Â 143 HalbsÂ 1 SGG*)*, soweit sich nicht aus den (weiteren) Vorschriften des Ersten Unterabschnitts zum Zweiten Abschnitt des SGG etwas anderes ergibt (Â§Â 143 HalbsÂ 2 SGG). Zu den Vorschriften, aus denen sich etwas anderes ergibt, zÃ¤hlt Â§Â 144 SGG. Danach bedarf die Berufung der Zulassung, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands bei einer Klage, die eine Geld-, Dienst- oder Sachleistung oder einen hierauf gerichteten Verwaltungsakt betrifft, 750Â Euro nicht Ã¼bersteigt (Â§Â 144 AbsÂ 1 SÂ 1 NrÂ 1 SGG); das gilt nicht, wenn es um wiederkehrende oder laufende Leistungen fÃ¼r mehr als ein Jahr geht (Â§Â 144 AbsÂ 1 SÂ 2 SGG). Eine Klage auf Geldleistungen liegt nicht nur bei Sozialleistungen iS von Â§Â 11 SÂ 1 des Ersten Buchs Sozialgesetzbuch vor,

sondern umfasst bspw auch Klagen auf Zahlung Ã¤rztlichen Honorars *(Keller in: Meyer-Ladewig ua, SGG, 13.Â Aufl 2020, Â§Â 144 RnÂ 9 mwN)*. Damit betrifft das maÃgebliche Verfahren in der Hauptsache (SÂ 35Â KA 11/20) eine Leistung iS von Â§Â 144 AbsÂ 1 SÂ 1 NrÂ 1 SGG, weil der Antragsteller dort letztlich (Ã¼ber die Anfechtung der HonorarkÃ¼rzung) die Zahlung (weiteren) vertragszahnÃ¤rztlichen Honorars iHv 1587,27Â Euro begehrt.

Â

2.Â Â Â Die Beschwerde ist bei dem SG innerhalb der vorgesehenen Frist von einem Monat (Â§Â 173 SÂ 1 HalbsÂ 1 SGG) und damit fristgerecht eingelegt worden.

Â

B.Â Â Â In der Sache hat die Beschwerde der AG Erfolg. Das als Antrag auf Anordnung der aW seiner gegen die HonorarkÃ¼rzung in dem Bescheid vom 25.Â MÃ¤rz 2020 gerichteten Klage auszulegende Begehren (hierzuÂ 1.) des Antragstellers ist zwar zulÃ¤ssig (hierzuÂ 2.), aber unbegrÃ¼ndet (hierzuÂ 3.).

Â

1.Â Â Â Nach Â§Â 123 SGG, der in allen sozialgerichtlichen Verfahren und allen Instanzen zu beachten ist *(Keller, aaO, Â§Â 123 RnÂ 2),* ist das Gericht an die Fassung der AntrÃ¤ge nicht gebunden. MaÃgeblich ist das aus dem Gesamtvorbringen durch Auslegung zu ermittelnde Rechtsschutzziel *(vgl Keller, aaO, RnÂ 3)*. Geleitet durch ArtÂ 19 AbsÂ 4 des Grundgesetzes ist die Auslegung grds wohlwollend am erkennbaren Rechtsschutzanliegen zu orientieren *(Bundesverfassungsgericht , 3.Â Kammer des 2.Â Senats, Beschluss vom 29.Â Oktober 2015 â 2 BvR 1493/11, NVwZ 2016, 238 = juris, jeweils RnÂ 33 ff; 1.Â Kammer des 1. Senats, Beschluss vom 25.Â Januar 2014 â 1 BvR 1126/11, NJW 2014, 991 = juris, jeweils RnÂ 23)*. Davon ausgehend hat das SG den Satz

âSetzen Sie diese unseligen Sanktionen bitte einstweilig aus!â

in dem Schriftsatz des Antragstellers vom 16.Â November 2020 zu Recht als Antrag auf Anordnung der aW seiner Klage ausgelegt. Ob bei der Auslegung des Begehrens Ã¼ber die bereits vorliegenden und mit der Hauptsache angefochtenen HonorarkÃ¼rzungen hinaus auch etwaige kÃ¼nftige HonorarkÃ¼rzungen einzubeziehen waren, bedarf vorliegend keiner Entscheidung. Der Antragsteller hat gegen die abweisende Entscheidung des SG keine Beschwerde eingelegt, und die AG ist durch den Beschluss insoweit (Ablehnung des Antrags) nicht beschwert. Der Senat hat allerdings Zweifel, ob sich der Antragsteller auch gegen etwaige kÃ¼nftige KÃ¼rzungen wenden und sich einem Kostenrisiko aussetzen wollte (insoweit hat es das SG versÃ¤umt, ein solches Begehren im Streitwert abzubilden).

Â

2.Â Â Â Das dergestalt in einen Antrag gekleidete Begehren ist zulÃ¤ssig, insbesondere besteht ein rechtlich geschÃ¼tztes Interesse des Antragstellers an der Anordnung der aW. Die vor dem SG unter dem Aktenzeichen SÂ 35Â KA 11/20 anhÃ¤ngige Klage gegen die HonorarkÃ¼rzung in dem Bescheid der AG vom 25.Â MÃ¤rz 2020 entfaltet nicht von Gesetzes wegen aW.

Â

Soweit Â§Â 86a AbsÂ 1 SÂ 1 SGG den Grundsatz aufstellt, dass Widerspruch und Anfechtungsklage aufschiebende Wirkung haben, enthÃ¤lt Â§Â 85 AbsÂ 4 SÂ 6 SGBÂ V idF von ArtÂ 1 NrÂ 20 BuchstÂ f des Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Versorgungsstrukturgesetz â GKV-VStG) vom 22.Â Dezember 2011 (BGBlÂ IÂ 2983) fÃ¼r entsprechende Rechtsbehelfe der VertragszahnÃ¤rzte (fÃ¼r VertragsÃ¤rzte gilt Â§Â 87b AbsÂ 2 SÂ 6 SGBÂ V) gegen die Honorarfestsetzung sowie ihre Änderung oder Aufhebung eine der von Â§Â 86a AbsÂ 2 NrÂ 4 SGG zugelassenen bundesgesetzlichen Ausnahmen. Hierunter fallen entgegen der Auffassung des SG auch WidersprÃ¼che und Klagen eines Vertrags(zahn)arztes gegen HonorarkÃ¼rzungen aufgrund fehlender Teilnahme bei der Online-VSD-PrÃ¼fung gem Â§Â 291 AbsÂ 2b SÂ 14 (bis 18.Â Dezember 2019) bzw SÂ 9 (vom 19.Â Dezember 2019 bis 19.Â Oktober 2020) SGBÂ V bzw seit 20.Â Oktober 2020 Â§Â 291b AbsÂ 5 SÂ 1 SGBÂ V in der Fassung von ArtÂ 1 Nr.Â 24 des Gesetzes zum Schutz elektronischer Patientendaten in der Telematikinfrastruktur (Patientendaten-Schutz-Gesetz â PDSG) vom 14.Â Oktober 2020 (BGBlÂ IÂ 2115).

Â

Das folgt aus Sinn und Zweck der Regelung, aber auch bereits aus deren Wortlaut. Das Gesetz ordnet eine KÃ¼rzung der VergÃ¼tung vertrags(zahn)Ã¤rztlicher Leistungen der an der vertrags(zahn)Ã¤rztlichen Versorgung teilnehmenden Leistungserbringer an. Es bezieht sich damit, wenn auch in leicht abgewandelter sprachlicher Gestaltung, ebenso wie Â§Â 95d AbsÂ 3 SÂ 3 SGBÂ V auf das quartalsweise â bzw hier jahresweise â festzusetzende Honorar des Leistungserbringers *(zum Fehlen der aW gegen HonorarkÃ¼rzungen wegen fehlenden Fortbildungsnachweises s bspw Senatsbeschluss vom 9.Â Dezember 2010 â LÂ 3Â KAÂ 91/10Â BÂ ER; Senatsbeschluss vom 9.Â Dezember 2010 â LÂ 3Â KAÂ 99/10 BÂ ER)* und wirkt infolge der von der K(Z)V festzusetzenden KÃ¼rzung unmittelbar auf die HÃ¶he des zur Auszahlung gelangenden Honorars ein. Damit ist sie sowohl inhaltlich als auch nach der von der AG gewÃ¤hlten Form (einheitlicher Bescheid) integraler Bestandteil der Honorarfestsetzung.

Â

Der Gesetzgeber bezweckt mit der Sanktion die flÃ¤chendeckende EinfÃ¼hrung der den Leistungserbringern gem Â§Â 291 AbsÂ 2b SÂ 2 bzw Â§Â 291b AbsÂ 2 SGBÂ V auferlegten Pflicht zur Nutzung des von den Krankenkassen gem Â§Â 291 AbsÂ 2b SÂ 1 bzw Â§Â 291b AbsÂ 1 SGBÂ V anzubietenden VSDM. Diese Zielsetzung liefe ins Leere, wenn durch prozessuale MaÃnahmen mit aW einerseits die Sanktionierung

und damit verbunden andererseits der Einsatz des VSDM verzÃ¶gert werden kÃ¶nnte.

Â

3.Â Â Â Der Antrag auf Anordnung der aW ist indes unbegrÃ¼ndet und abzulehnen. Das Gericht der Hauptsache kann auf Antrag die aW in den FÃ¤llen ganz oder teilweise anordnen, in denen Widerspruch oder Anfechtungsklage â wie vorliegend (ZiffÂ 2) â keine aW haben (Â§Â 86b AbsÂ 1 SÂ 1 NrÂ 2 SGG). Ãber das âObâ einer Anordnung entscheidet das Gericht dabei auf der Grundlage einer InteressenabwÃ¤gung, wobei das private Interesse des belasteten Bescheidadressaten an der Aufschiebung der Vollziehung gegen das Ã¶ffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung eines VA abzuwÃ¤gen ist *(Keller, aaO, Â§Â 86b RnÂ 12 ff mwN)*. Die Privatinteressen Ã¼berwiegen regelmÃ¤Ãig, wenn ernsthafte Zweifel an der RechtmÃ¤Ãigkeit des angefochtenen Bescheids bestehen oder wenn die Vollziehung des angefochtenen Bescheids zu einer unbilligen HÃ¤rte fÃ¼r den Antragsteller fÃ¼hren wÃ¼rde. Damit lehnt sich der Senat in den FÃ¤llen der Festsetzung von HonorarrÃ¼ck- oder sonstigen Regressforderungen bei der hier zu treffenden AbwÃ¤gung wegen der insoweit grds vergleichbaren Interessenlage an die Kriterien des Â§Â 86a AbsÂ 3 SÂ 2 SGG an.

Â

Eine auf dieser Grundlage vorgenommene AbwÃ¤gung fÃ¼hrt nicht zu einem Ãberwiegen des Aussetzungsinteresses. Die in der Hauptsache angefochtene HonorarkÃ¼rzung (als selbststÃ¤ndig anfechtbarer Teil des Bescheids vom 25.Â MÃ¤rz 2020) erweist sich als rechtmÃ¤Ãig. FÃ¼r die KÃ¼rzung besteht eine ErmÃ¤chtigungsgrundlage, deren Voraussetzungen vorliegen und deren Rechtsfolgenseite der AG kein Ermessen einrÃ¤umt (hierzu a). Verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Vorschrift bestehen nicht (hierzu b). Die durch eine Vollziehung des Bescheids drohende Rechtsverletzung wÃ¤re auch nicht von einer IntensitÃ¤t, die ungeachtet des zu erwartenden Ausgangs des Hauptsacheverfahrens und der gesetzgeberischen Grundentscheidung ausnahmsweise die Anordnung der aW gebietet (hierzu c).

Â

a)Â Â Â Rechtsgrundlage fÃ¼r die Berechtigung der AG, das vertragszahnÃ¤rztliche Honorar wegen fehlender Teilnahme an der Online-VSD-PrÃ¼fung zu kÃ¼rzen, ist der zum Zeitpunkt des Erlasses des Bescheids geltende Â§Â 291 AbsÂ 2b SÂ 9 SGBÂ V in der bis 19.Â Oktober 2020 geltenden Fassung. Davor galt (bis 18.Â Dezember 2019) seit 29.Â Dezember 2015 wortgleich Â§Â 291 AbsÂ 2b SÂ 14 SGBÂ V (zunÃ¤chst mit der Frist 1.Â Juli 2018, ab 1.Â Januar 2019 mit der Frist 1.Â Januar 2019). Die Frage nach der ZulÃ¤ssigkeit einer RÃ¼ckwirkung stellt sich damit nicht. Danach war den an der vertragsÃ¤rztlichen Versorgung teilnehmenden Ãrzten, Einrichtungen und ZahnÃ¤rzten, die die PrÃ¼fung nach Â§Â 291 AbsÂ 2b SÂ 2 SGBÂ V (dh die VSD-PrÃ¼fung) ab dem 1.Â Januar 2019 nicht durchfÃ¼hren, die VergÃ¼tung vertragsÃ¤rztlicher Leistungen pauschal um 1Â %, ab dem

1.Â MÃ¤rz 2020 um 2,5Â %, so lange zu kÃ¼rzen, bis sie die PrÃ¼fung durchfÃ¼hren (zum geltenden Recht s Â§Â 291b AbsÂ 2 SGBÂ V). Der Antragsteller hat die PrÃ¼fung unstreitig in den von der KÃ¼rzung betroffenen vier Quartalen des Jahres 2019 nicht durchgefÃ¼hrt.

Â

Von der KÃ¼rzung war bis zum 30.Â Juni 2019 abzusehen, wenn der an der vertragsÃ¤rztlichen Versorgung teilnehmende Arzt oder Zahnarzt oder die an der vertragsÃ¤rztlichen Versorgung teilnehmende Einrichtung gegenÃ¼ber der jeweils zustÃ¤ndigen KV nachwies, bereits vor dem 1.Â April 2019 die Anschaffung der fÃ¼r die PrÃ¼fung erforderlichen Ausstattung vertraglich vereinbart zu haben (Â§Â 291 AbsÂ 2b SÂ 10 SGBÂ V in der bis 19.Â Oktober 2020 geltenden Fassung; seit 20.Â Oktober 2020 gilt Â§Â 291b AbsÂ 5 SÂ 3 SGBÂ V). Einen solchen Nachweis hat der Antragsteller nicht erbracht. Von einer entsprechenden vertraglichen Vereinbarung ist bei seinem Vorbringen gegen das VSDM auch nicht auszugehen.

Â

Die AG war deshalb nach dem Gesetzeswortlaut verpflichtet, bei ihm eine HonorarkÃ¼rzung iHv 1Â % vorzunehmen. Rechenfehler macht der Antragsteller soweit nicht geltend; sie sind auch sonst nicht ersichtlich.

Â

b)Â Â Â Verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Wirksamkeit der ErmÃ¤chtigungsgrundlage bestehen nicht. Die von dem Antragsteller in sehr allgemeiner und pauschaler Form vorgebrachten EinwÃ¤nde gegen die VerfassungsmÃ¤Ãigkeit von Â§Â 291 AbsÂ 2b SÂ 9 SGBÂ V greifen nicht durch. Der Antragsteller hÃ¤lt nicht die HonorarkÃ¼rzung selbst fÃ¼r verfassungsrechtlich problematisch, sondern die durch sie sanktionsbewÃ¤hrte Verpflichtung zur Teilnahme am VSDM gem Â§Â 291 AbsÂ 2b SÂ 2 SGBÂ V. Er hÃ¤lt die Online-VSD-PrÃ¼fung durch die an der vertrags(zahn)Ã¤rztlichen Versorgung teilnehmenden Leistungserbringer fÃ¼r unzulÃ¤ssig, insbesondere â aber nicht nur â mit Blick auf den Datenschutz.

Â

(1)Â Â Anlass zu Bedenken sieht er hinsichtlich der Patientendaten, ohne genauer auszufÃ¼hren, was er damit meint. Das VSDM ist die erste Anwendung der TI *(Schifferdecker in: KassKomm-SGBÂ V, Â§Â 291 â Stand ELÂ 110 JuliÂ 2020 â RnÂ 53)*. Bei der vorliegend interessierenden Online-VSD-PrÃ¼fung wird abgefragt, ob die von den KK gem Â§Â 284 AbsÂ 1 SÂ 1 NrÂ 2 SGBÂ V auf der elektronischen Gesundheitskarte gespeicherten Daten (Â§Â 291 AbsÂ 2 SGBÂ V aF und Â§Â 291a AbsÂ 2 SGBÂ V idF des PDSG) noch aktuell sind. Dazu werden die Informationen auf der eGK beim Arztbesuch des Versicherten mit den Informationen abgeglichen, die bei der KK hinterlegt sind. Stimmen die Angaben nicht Ã¼berein, werden veraltete Daten auf der eGK Ã¼berschrieben. Hierbei handelt es sich um einen

Ã¼berschaubaren Datenverarbeitungsprozess *(Buchner, MedRÂ 2016, 660, 663)*. Betroffen sind damit ausschlieÃlich Daten, die zuvor bereits von den KK erhoben worden sind und die auf die eGK Ã¼bertragen werden. Es geht nicht um Daten, die durch den Vertrags(zahn)arzt erhoben worden sind. Im subjektiv-rechtlich geprÃ¤gten Sozialgerichtsverfahren kann sich der Antragsteller grundsÃ¤tzlich nicht auf die (vermeintliche) Verletzung von Rechten Dritter, hier seiner Ã¼ber die gesetzliche Krankenversicherung versicherten Patienten berufen *(vgl* Â§Â 54 AbsÂ 1 SÂ 2 SGG*)*. UnabhÃ¤ngig von diesem prozessualen Aspekt hÃ¤tte der Senat jedenfalls in diesem Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes weder Bedenken gegen die ZulÃ¤ssigkeit der Online-VSD-PrÃ¼fung als solcher noch gegen deren konkrete Ausgestaltung. Das Bundessozialgericht hat in seinem (in schriftlicher Form noch nicht vorliegenden) Urteil vom 20.Â Januar 2021 (Aktenzeichen: BÂ 1Â KRÂ 7/20Â R) entschieden *(s Terminsbericht 2/21 NrÂ 1)*, dass der Gesetzgeber mit den durch das PDSG vom 14.Â Oktober 2020 neu gefassten Regelungen des SGB V zur eGK und zur TI ausreichende Vorkehrungen zur GewÃ¤hrleistung einer angemessenen Datensicherheit getroffen hat. Dabei ist er auch seiner Beobachtungs- und Nachbesserungspflicht nachgekommen, indem er unter anderem auf die in der Praxis zu Tage getretenen datenschutzrechtlichen Defizite und SicherheitsmÃ¤ngel reagiert und entsprechende GegenmaÃnahmen ergriffen hat. Die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorgaben im Zusammenhang mit der eGK und der TI ist durch die zustÃ¤ndigen AufsichtsbehÃ¶rden zu Ã¼berwachen. Die Versicherten kÃ¶nnen im Rahmen der speziellen datenschutzrechtlichen Rechtsbehelfe eine Verletzung ihrer Rechte gerichtlich Ã¼berprÃ¼fen lassen. Die gesetzliche Obliegenheit zur Nutzung der eGK und deren VerfassungsmÃ¤ÃigkeÃit werden hierdurch nicht tangiert.

Â

(2)Â Â Soweit der Antragsteller eine Betroffenheit in eigenen Rechten geltend macht, weil er Nachteile um die Sicherheit seiner Praxis-EDV (bspw durch Hackerangriffe) fÃ¼rchtet, gelten fÃ¼r die Zeit ab Inkrafttreten des PDSG (20.Â Oktober 2020, ArtÂ 9Â PDSG) unmittelbar die ausgefÃ¼hrten Aussagen des BSG in seinem Urteil vom 20.Â Januar 2021: Die gesetzlichen Regelungen sind verfassungsgemÃ¤Ã. ErgÃ¤nzend und mit Blick auf die Zeit vor Inkrafttreten des PDSG gilt, was das BSG bereits in seinem Urteil vom 18.Â November 2014 ausgefÃ¼hrt hat *(*BÂ 1Â KRÂ 35/13Â R*,* BSGEÂ 117, 224 *= SozRÂ 4-2500 Â§Â 291a NrÂ 1 = juris, jeweils RnÂ 34)*: Zweifel an der Datensicherheit im Zusammenhang mit eGK und â der damals im Aufbau befindlichen â TI vermÃ¶gen keine Grundrechtsverletzung zu begrÃ¼nden. Das BSG hat in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, dass die Rechtsordnung die betroffenen Daten vor unbefugtem Zugriff Dritter und vor missbrÃ¤uchlicher Nutzung schÃ¼tzt. Die Rechtsordnung stellt zudem unberechtigte Zugriffe auf die Sozialdaten auf der eGK unter Strafe. Dies schÃ¼tzt zusammen mit einem BuÃgeldtatbestand das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Ungeachtet aller Vorkehrungen trifft den Gesetzgeber eine Beobachtungspflicht, um auf sich kÃ¼nftig zeigende SicherheitslÃ¼cken zu reagieren. Dieser Beobachtungspflicht ist der Gesetzgeber, wie sich dem Terminsbericht zum Urteil vom 20.Â Januar 2021 entnehmen lÃ¤sst, mit dem PDSG nachgekommen.

Â

(3)Â Â Eine von dem Antragsteller gerÃ¼gte Verletzung der BerufsausÃ¼bungsfreiheit ist nicht ersichtlich. Durch ArtÂ 12 AbsÂ 1 GG ist dem Einzelnen das Recht gewÃ¤hrt, jede TÃ¤tigkeit, fÃ¼r die er sich geeignet glaubt, als Beruf zu ergreifen und zur Grundlage seiner LebensfÃ¼hrung zu machen. Die Vorschrift konkretisiert das Grundrecht auf freie Entfaltung der PersÃ¶nlichkeit im Bereich der individuellen Leistung und Existenzerhaltung und zielt auf eine mÃ¶glichst unreglementierte berufliche BetÃ¤tigung ab. Sie formuliert ein einheitliches Grundrecht der Berufsfreiheit, dessen verschiedene GewÃ¤hrleistungen allerdings insofern Bedeutung haben, als an die EinschrÃ¤nkungen der Berufswahl hÃ¶here Anforderungen gestellt werden als an die EinschrÃ¤nkung der BerufsausÃ¼bung *(BVerfG, Beschluss vom 20.Â MÃ¤rz 2001 â 1Â BvRÂ 491/96, BVerfGEÂ 103, 172, 182Â f =* SozRÂ 3-5520 Â§Â 25 NrÂ 4 *SÂ 25 = juris RnÂ 36Â f)*. Der Antragsteller wird durch die Regelungen zur Online- VSD-PrÃ¼fung (allenfalls) in seiner BerufsausÃ¼bung eingeschrÃ¤nkt, weil diese ihm das Vorhalten und die Nutzung der TI vorschreiben. Derartige BerufsausÃ¼bungsregelungen sind zulÃ¤ssig, wenn sie auf einer gesetzlichen Grundlage beruhen (ArtÂ 12 AbsÂ 1 SÂ 2 GG), mit ihnen ein legitimer Zweck verfolgt wird und der Eingriff zur Zweckerreichung geeignet, erforderlich sowie verhÃ¤ltnismÃ¤ÃŸig ieS ist. Daran hat der Senat nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Entscheidungen des BSG und des pauschalen Vorbringens des Antragstellers keinen Zweifel und sieht von einer eingehenderen PrÃ¼fung ab.

Â

(4)Â Â Soweit der Antragsteller rÃ¼gt, er sei von der AG weder angemessen noch ausgewogen informiert worden, ist ein Zusammenhang zu Grundrechtsverletzungen infolge der HonorarkÃ¼rzung nicht zu erkennen.

Â

Der Einwand, die TI arbeite nicht zuverlÃ¤ssig, es komme zu wiederholten oder dauerhaften SystemausfÃ¤llen, insbesondere bei den Konnektoren, und hierfÃ¼r bestehe keine Haftung der Hersteller und Betreiber der TI, steht auch in keinem relevanten Zusammenhang zu der Frage nach der VerfassungsmÃ¤ÃŸigkeit der HonorarkÃ¼rzung. Die behauptete UnzuverlÃ¤ssigkeit kann kein Argument dafÃ¼r sein, wie der Antragsteller Ã¼berhaupt nicht an der Online-VSD-PrÃ¼fung teilzunehmen, sondern wÃ¤re ggf eine ErklÃ¤rung dafÃ¼r, Online-PrÃ¼fungen bei grundsÃ¤tzlicher Teilnahme nicht durchgefÃ¼hrt haben zu kÃ¶nnen. Auch Haftungsfragen wÃ¤ren ggf als solche zu klÃ¤ren und kÃ¶nnen keinen Grund dafÃ¼r liefern, eine Teilnahme von vornherein grds abzulehnen.

Â

Das Gleiche gilt fÃ¼r das Vorbringen, der fÃ¼r die Praxen anfallende Aufwand fÃ¼r die TI werde nur unvollstÃ¤ndig erstattet und er sei insbesondere fÃ¼r kleine und Ã¤ltere Praxen unverhÃ¤ltnismÃ¤ÃŸig hoch. UnabhÃ¤ngig davon, dass der

Antragstelle bislang noch Ã¼berhaupt keinen Aufwand gehabt haben dÃ¼rfte, weil er an der Online-VSD-PrÃ¼fung nicht mitwirkt, wÃ¤re er ggf gehalten, hÃ¶here AufwandsentschÃ¤digung als vorgesehen gerichtlich geltend zu machen. Eine MÃ¶glichkeit, die Teilnahme von einer aus Sicht des Antragstellers angemessenen EntschÃ¤digung abhÃ¤ngig zu machen, besteht jedenfalls nicht.

Â

c)Â Â Â Der Antragsteller hat nichts dafÃ¼r vorgetragen, dass ungeachtet der generellen gesetzgeberischen Grundentscheidung in Â§Â 85 AbsÂ 4 SÂ 6 SGBÂ V und des zu erwartenden Ausgangs des Hauptsacheverfahrens in seinem Einzelfall dennoch ausnahmsweise das Aussetzungsinteresse Ã¼berwiegen kÃ¶nnte. Anhaltspunkte dafÃ¼r sind auch sonst nicht ersichtlich. Insbesondere kann bei der festgesetzten HonorarkÃ¼rzung (1587,27Â Euro) nicht von einer unbilligen HÃ¤rte *(Existenzvernichtung oder Insolvenz, hierzu bspw Senatsbeschluss vom 9.Â Dezember 2010 â LÂ 3Â KAÂ 91/10Â BÂ ER; Senatsbeschluss vom 9.Â Dezember 2010 â LÂ 3Â KAÂ 99/10 BÂ ER)* ausgegangen werden.

Â

C.Â Â Â Die Kostenentscheidung folgt aus der entsprechenden Anwendung von Â§Â 197 AbsÂ 1 SÂ 1 SGG iVm Â§Â 154 AbsÂ 1 der Verwaltungsgerichtsordnung . Der Antragsteller hat als unterliegender Teil die Kosten des Verfahrens in beiden RechtszÃ¼gen zu tragen.

Â

D.Â Â Â Die Streitwertfestsetzung beruht auf Â§Â 197a AbsÂ 1 SÂ 1 HalbsÂ 1 SGG iVm Â§Â§Â 47 AbsÂ 1, 52 AbsÂ 1, 53 AbsÂ 2 NrÂ 4 des Gerichtskostengesetzes . Dabei legt der Senat im einstweiligen Rechtsschutzverfahren in stRspr ein Viertel der streitbefangenen HonorarkÃ¼rzung (1587,27Â Euro) zugrunde *(s zuletzt Beschluss vom 3.Â Februar 2021 â LÂ 3Â UÂ 4/20Â BÂ ER)*. Soweit das SGÂ Hannover in seinem Streitwertbeschluss vom 11.Â Dezember 2020 ohne nÃ¤here BegrÃ¼ndung einen Betrag iHv 793,64Â Euro (hierbei dÃ¼rfte es sich um den halbierten Betrag der HonorarkÃ¼rzung handeln) festgesetzt hat, ist diese Entscheidung eigenstÃ¤ndig ergangen und von der AG nicht angegriffen worden.

Â

Dieser Beschluss ist unanfechtbar (Â§Â 177 SGG; Â§Â 197a AbsÂ 1 SÂ 1 HalbsÂ 1 SGG iVm Â§Â§Â 68 AbsÂ 1 SÂ 5, 66 AbsÂ 3 SÂ 3 GKG).

Erstellt am: 03.02.2022

Zuletzt verändert am: 23.12.2024